

ZUKUNFT:WIEN – ZUKUNFT:EUROPA
ZUKUNFT: STADTENTWICKLUNG
innovativ – sozial – global

„Zukunft ist Arbeit“ und „Die Entwicklung von Städten wie Wien benötigt Kontinuität, Zeit und Raum“ – mit diesen Schlagworten ist der Focus dieser Veranstaltung am 21.09.2015 sicher gut charakterisiert.



MEP Evelyne Gebhardt /EU – Parlament und Klubobmann GR DI Rudolf Schicker/Stadt Wien

MEP Evelyne Gebhardt, Abgeordnete (Deutschland) zum Europäischen Parlament zeigte sich von der Wiener Stadtentwicklung sehr angetan und meinte, dass Wien ein wesentlich besseres Verkehrskonzept habe als etwa Berlin. Eine der anstehenden gemeinsamen Herausforderungen der Städte ergebe sich auch aus den demographischen Veränderungen, da die Stadtbewohner immer älter werden. Dies verstärke die sozialen Anforderungen, aber beispielsweise durch neuartige Formen der Begleitung der älteren BewohnerInnen werden sicher neue Formen von Arbeitsplätzen entstehen. Zu den anstehenden Herausforderungen der kommenden Jahre zählte sie auch die sogenannte „Digitale Revolution“, die Chance und Risiko gleichzeitig sei. Der Zugang zum Netz muss für Alle gewährleistet werden und Wlan sollte in den Städten allgemein angeboten werden. Die sozialen Errungenschaften der Vergangenheit dürften aber nicht dadurch aufgelöst werden, dass es beispielsweise keine Arbeitsverträge mehr gibt, sondern nur mehr „Selbstständige“. Diese Gefahr sehe sie z. B. durch gewisse Teile der „sharing economy“ gegeben. Die Entwicklungen bei Firmen wie z.B. Uber sollten da durchaus beobachtet werden.

Zu der gerade aktuellen Flüchtlingswelle aus den Kriegsgebieten wie Syrien meinte sie: Die festgelegten Grundwerte der Europäischen Union seien Gerechtigkeit und Solidarität zwischen den Staaten. Jeder habe das Recht auf eine individuelle Prüfung seines Asylrechtes. Eine Willkommenskultur sei wichtig, die sogenannten „Dublin – Regeln“ halte sie immer schon für problematisch. Das Europäische Parlament habe im Schnellverfahren die Aufteilung von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien auf die Mitgliedsstaaten gefordert. Eine Regelung, die nun auch die Innenminister verabschiedet haben. Finanzielle Konsequenzen für Staaten, die eine Aufnahme verweigern, seien in einem weiteren Entscheidungsprozess denkbar.

Technik ist auch ein Teil der Kultur, meinte **Dr. Peter Wandaller- Siemens AG/CEE**. Technik ist kein Selbstzweck, sondern Technik ist die praktische Umsetzung für ein angenehmes Leben. Wien sei in vielen Rankings auf den ersten Plätzen. Unter anderem auch wegen der hervorragenden Verkehrs - Infrastruktur, in die die Stadt mehr als 10 Mrd. Euro investiert hat. Wien habe eine „Verkehrsrevolution“ geschafft – nämlich eine Verringerung des Privatverkehrs und einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Auch er sieht den Beginn der „Digitalen Revolution“. Siemens habe 17.500 Software – Entwickler und sei für die kommenden IKT – Herausforderungen bestens gerüstet. Investitionen von 70.000 Mrd. Dollar seien zu erwarten – und das sei erst der Anfang. Um das zig – fach schnellere Quantencomputer auf der einen Seite und eine bedeutend steigende Cyberkriminalität verlangen nach neuen Rahmenbedingungen und auch Kontrollen.

Wien wachse jährlich um die Einwohnerzahl von Krems, erläuterte **Klubobmann GR DI Rudolf Schicker**. Daraus ergeben sich viele Notwendigkeiten, um die sich verändernden Anforderungen der Stadtbewohner zu erfüllen. Die Technischen Entwicklungen werden für die Menschen, für ein besseres Leben der WienerInnen eingesetzt. Wien habe da eine Kontinuität der Entwicklungen, die auch durch die lange politische Kontinuität ermöglicht wurde. Denn Wien hatte bisher immer eine starke Politik, die nicht nur in Wahlzyklen denken musste. Dies zeige sich in vielen Bereichen. Die Stadt Wien hat immer den notwendigen Wohnraum ausgebaut und so die notwendigen Wohneinheiten seit mehr als 100 Jahren geschaffen. Und Wien werde sich da auch den neuen Herausforderungen, die durch die Zuwanderung entstehen, stellen. Die Betreuung der Älteren WienerInnen wurde in den letzten 12 Jahren deutlich verbessert. Es gebe nur mehr kleine dezentrale Einheiten mit 360 Personen und Ein – und Zweibett – Zimmern. Durch die politische Kontinuität kann auch der Strategiewechsel bei den Wiener Spitälern (Reduzierung der Anzahl der Spitäler) durch geführt werden. Eine notwendige Entwicklung, die insgesamt 20 Jahre dauert. Es ist Aufgabe des Politikers manchmal auch „gegen den Strom zu schwimmen“ – beispielsweise bei der Entscheidung für weniger Individualverkehr und mehr Massenverkehrsmittel, heute öffentliche Verkehrsmittel genannt. Wien ist mit seinen verschiedenen parallelen Verkehrsmitteln – U – Bahn, Straßenbahn und Bussen beispielgebend für andere Städte. Ein sehr wichtiger Aspekt für die Stadt der Zukunft sei auch die Schaffung ausreichender Bildungseinrichtungen. Es sei die Aufgabe des Politikers, Lebensqualität für Alle her zu stellen und die Technologien im Sinne der Menschen ein zu setzen. Dies bedeutet eine intensive Auseinandersetzung mit den neuen Technologien und der dazu notwendigen Forschung. Dazu gehöre auch der weitere Einsatz der e-Mobilität, beispielsweise von e – Taxis.

Dr. Oliver Frey, Soziologe am Institut für Urbanistik/TU Wien stellte einige Trends der Entwicklung der Stadtgesellschaften vor: Smart City, Spaltung der Stadt, Segregation, Exklusion und Integration, wachsende versus schrumpfende Stadtregionen. Den negativen Zukunftsentwicklungen wie

zunehmende soziökonomische Spaltungen, verfestigte Segregationsprozesse oder überfordernde Migrationsbewegungen stehen positive Lösungsansätze zur Ressourcenschonung, Mobilitätseffizienz durch digitale technische Infrastrukturen oder enorme Innovations- aber auch Integrationskräfte des Städtischen gegenüber. Vor einem Abgesang auf die Integrationsleistung des Städtischen sollte man den städtischen Wandel sauber analysieren, um wirksame Instrumente und zielführende Strategien für die künftigen Aufgaben der Stadtentwicklungspolitik abzuleiten und die Leistungen und Möglichkeiten der Stadtgesellschaft dabei in den Vordergrund rücken. Allerdings erfordert die Gestaltung sozialer Prozesse weit mehr als Technik-, Raum- und Verhaltensorientierung. Sie verlangt nach einer Antwort auf die Frage: Wie wollen wir zusammenleben und wie kann uns das gelingen? Die neuen digitalen Kommunikationsformen haben unter anderem zur Folge, dass immer mehr Bürger sich nicht länger als Konsumenten staatlicher Leistungen verstehen, sondern ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten wollen. Der Dialog zwischen Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Stadtplanung bringt neue informelle Netzwerke hervor und ermöglicht den Bürgern eigene stadtplanerische Projekte auch durch urbane Innovationen, die im Kern soziale Innovationen ermöglichen.

Zudem gibt es widerstreitende Tendenzen in den Formen des Zusammenlebens. Soziales Verhalten und Interaktionen im öffentlichen Raum verlagern sich zunehmend in die digitalen sozialen Medien hinein, und neue »smarte« Technologien beeinflussen immer stärker die Wohnbedürfnisse und das Wohnverhalten, indem sie ein Sozialleben ohne räumliche Nähe zu Freunden zu ermöglichen scheinen. Dem entgegen steht ein neues Wir-Gefühl, das in inselähnlichen städtischen Lebensgemeinschaften erwächst – eine Art von städtischen »Dorfgemeinschaften«.



Dr. Peter Wandaller/Siemens, MMag. Sonja Schneeweiss/bsa eu gruppe, Dr. Monika Stanek – Elterlein/GTC, MEP Evelyn Gebhardt/EU – Parlament, DI Rudolf Schicker/Klubobmann SPÖ Rathausklub, Dr. Oliver Frey/TU - Wien